

Pulsnitzer Tageblatt

Fernprediger 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Ercheint an jedem Werktag** — — —
 Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
 des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezieser
 keinen Anspruch auf Viederung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
 zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
 Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,50 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzelle (Ploffe's Beilenmesser 14)
 RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Umtliche Zeile RM 0,75
 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei
 zwangsweiser Entziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
 gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
 Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts
 und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshatten des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhrehndorf, Bretznig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
 Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von C. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 109

Mittwoch, den 11. Mai 1927

79. Jahrgang

Das Wichtigste

In der landwirtschaftlichen Kommission der Weltwirtschaftskonferenz
 unternahm Geheimrat Sering einen Vorstoß gegen den Dawesplan.
 England hält den Zeitpunkt zur Erörterung der Frage der Rheinland-
 räumung für denkbar ungünstig.
 Reichspräsident von Hindenburg ist von seiner Reise nach Berlin zu-
 rückgekehrt.
 Die Südpalaz ist in den letzten Tagen von fürchtbaren Wolkenbrühen
 heimgeführt worden.
 Bei einer Kindtaufe in Buer Erle entstand unter den Gästen ein Streit
 darüber, wem das Kind ähnlich sehe. Es entwickelte sich eine Mes-
 serfehde, bei der 6 Teilnehmer zum Teil schwer verletzt wurden.
 Nach einer Berliner Morgenblättermeldung aus London teilte Kriegs-
 minister Worthington Evans im Unterhause mit, daß etwa
 7200 Mann britische Truppen in Deutschland ständen. Es bestehe
 keine Wahrscheinlichkeit auf irgend eine beträchtliche Verminderung
 in der unmittelbaren Zukunft.
 Wie die Berliner Morgenblätter aus Weizsäcker melden, hat das Reichs-
 gericht in dem bekannten Sumpfschwamm-Prozess, bei dem es sich um
 die Brandstiftung einer Zeichnung von Professor Heinrich Zille als
 unzulässig handelte, Professor Zille in der Verurteilungsverhandlung
 freigesprochen.
 Wie aus New York gemeldet wird, ist infolge plötzlichen Steigens des
 Mississippi das Dorf Poplar Bluff überflutet worden. Es werden
 100 Tote und 250 Verletzte sowie ein Sachschaden von über 1 Mill.
 Dollar gemeldet.
 Wie aus Moskau gemeldet wird, ist bei Urga (Mongolei) ein Pulver-
 lager in die Luft gelaufen, wobei es Tote und Verwundete gab.
 Die Ursache des Unglücks ist noch nicht bekannt.
 Einer Berliner Morgenblättermeldung aus Washington zufolge beträgt
 die Zahl der Todesopfer der neuen Tornadokatastrophe in Amerika
 230. Verwundet worden sind nach den letzten Schätzungen 800 Per-
 sonen. Der Sachschaden soll sich auf mehr als 10 Millionen RM
 belaufen. Auch Chicago befand sich im Bereich des Tornados und
 hatte 8 Todesfälle zu verzeichnen.

Ein Vorstoß gegen den Dawesplan

Geheimrat Sering in der landwirtschaftlichen Kommission der Weltwirtschaftskonferenz
 Graf Kayserlingk über deutsche Landwirtschaftsfragen — Die Lage in China

Genf. In der landwirtschaftlichen Kom-
 mission der Weltwirtschaftskonferenz sprach
 Geheimrat Dr. Sering (Berlin) über die Agrarfrage, die
 zusammenhängt mit der Weltwirtschaftskrise. Von einer nor-
 malen Preisbildung bei landwirtschaftlichen Produkten sei
 man weit entfernt. Volkswirtschaftlich normal sei eine Preis-
 bildung nur dann, wenn die Tendenz zur Steigerung des
 Absatzmarktes der Agrarprodukte sich wieder wirksam durch-
 setze.

Als Ursache für die gesunkene Kaufkraft der europäischen
 Industriebevölkerung führt Sering vier Punkte an. Die
 Hauptschuld schiebt er der

Steigerung der unproduktiven Ausgaben

zu, und zwar sowohl für militärische Zwecke, wie für die Erledigung
 der politischen Schuldenverpflichtungen an das Aus-
 land. Die Schuldverpflichtungen von 13 euro-
 päischen Staaten in Amerika betragen allein rund
 25 Milliarden.

Letzten Endes wären die gesamten europäischen Schulden-
 verpflichtungen auf Grund der Bestimmungen des Dawes-
 planes durch Deutschland zu leisten. In dieser Tatsache
 liege die Ursache der Weltagrarkrise und der Weltwirt-
 schaftskrise begründet.

Die Weltwirtschaftskonferenz verfehle ihr Ziel, wenn
 nicht die erste Voraussetzung für die Behebung der Weltwirt-
 schaftskrise gegeben sei, eine Regelung der politischen Zah-
 lungsverpflichtungen auf einer Grundlage, die für alle Be-
 teiligten annehmbar sei. Andernfalls müßten in Europa die
 Zustände wiederkehren, wie wir sie in Deutschland im Jahre
 1923 erlebt haben, und die Rückwirkungen einer derartigen
 Entwicklung auf die ganze Welt können nicht ausbleiben.

Graf Kayserlingk in Genf über deutsche Land- wirtschaftsfragen

Genf, 10. Mai. In der Unterkommission der Handelskom-
 mission der Weltwirtschaftskonferenz für Zolltarif- und Handelsvertrags-
 fragen betonte heute der deutsche Sachverständige Graf Kayserlingk in
 längeren Ausführungen die Notwendigkeit eines Zollschutzes für die
 deutsche Landwirtschaft, die durch die Kriegsfolgen, durch die soziale und
 steuerliche Belastung sowie die des Zinsendienstes in den letzten Jahren
 unter starker Unentgeltlichkeit zu leiden gehabt habe. Die deutsche Land-
 wirtschaft sei weder freihändlerisch, noch hochschutzbürokratisch eingestuft.
 Es wäre verfehlt, aus seinen Ausführungen die Forderung zu ziehen,
 daß die deutsche Landwirtschaft eine Hochschutzb-Politik propagieren solle.
 Die Intensivierung der Landwirtschaft habe zur Folge, daß die Preise
 ihrer industriellen Produktionsmittel bestimmend für die Landwirt-
 schaftliche Produktionskraft seien.

Infolgedessen könne die Landwirtschaft kein Interesse daran haben,
 daß durch übermäßige Zölle diese industriellen Produktionsmittel erheblich
 verteuert würden. Es handele sich darum, im Parallelogramm der
 Kräfte, das aus den zum freien Handel und aus den zum Schutz
 treibenden Kräften bestehe, die Diagonale zu finden, die auf handels-
 politischem Gebiete nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirt-
 schaft eines Landes den handelspolitisch richtigen Weg weise. Eine
 Ueberspannung der Zölle liege ebenjowenig im Interesse der Landwirt-
 schaft wie in dem der Industrie. Der von vielen erstrebte Abbau der
 Zölle könne nur unter Berücksichtigung der Eigenart der landwirtschaft-
 lichen Produktion der verschiedenen Länder erfolgen. Die Erleichterung
 des internationalen Güterauskaufes hänge wesentlich von der Verbesse-
 rung und Entlastung der landwirtschaftlichen Produktion ab.

Der Belagerungszustand in Schanghai auf- gehoben

Nach den letzten Meldungen aus China hat die militärische Ak-
 tivität wieder zugenommen. Die Armee Tschangtschins, verstärkt durch
 Soldaten aus der Provinz Honan, ist auf dem Vormarsch nach Kantau,
 wo die Situation als kritisch bezeichnet wird. Man glaubt, daß die
 Stadt innerhalb der nächsten drei Tage den Streitkräften Tschangtschins
 in die Hände fallen wird. Russische und japanische Offiziere, die in
 einem Propagandazug reisten, sind gefangen gesetzt und erschossen worden.
 In Schanghai ist der Belagerungszustand aufgehoben worden. Die
 Aufhebung des Belagerungszustandes hatte zur Folge, daß die inter-
 nationale Niederlassung, die seit Monaten unter den einschränkenden
 Polizeibestimmungen zu leiden hatte, in wenigen Stunden sich in eine
 Stadt mit läppigem Nachleben veränderte. Nach einem anderen Be-
 richt sind alle Bemühungen der Russen, dem General Fong Gelb und
 Munition zuzukommen zu lassen, gescheitert.

Erhebliche Abnahme der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Hauptunterstützungsemp-
 fänger am 1. Mai um 11,4 Prozent zurück-
 gegangen.

Die nunmehr vorliegenden einigermaßen abschließen-
 den Meldungen aus allen Teilen des Reiches lassen erkennen,
 daß die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Er-
 werbslosenfürsorge in der Zeit vom 15. bis 30. April doch
 stärker zurückgegangen ist, als es ursprünglich den Anschein
 hatte, und zwar von etwa 984 000 auf etwa 872 000, also
 um etwa 112 000 oder 11,4 Prozent.

Besonders stark ist der Rückgang in den süddeutschen
 Ländern; so sank die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger
 in Bayern von 112 000 auf etwa 97 000, in Sachsen
 von 97 000 auf etwa 81 000 und in Württemberg von
 20 000 auf etwa 15 000. In Preußen ist der Rückgang
 besonders groß in Ostpreußen, von 25 000 auf etwa 16 000,
 dagegen bemerkenswert gering in Groß-Berlin: von 117 000
 auf 114 000, und in Westfalen von 57 000 auf 54 000; auch
 Hamburg hat mit einer Abnahme um nur etwa 700 eine
 prozentuale Abnahme von nur etwa 3 Prozent zu verzeichnen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

— WK. (Beurlaubungen von Erwerbslo-
 sen.) Der Reichsarbeitsminister wendet sich in einem
 Schreiben an die obersten Landesbehörden für Erwerbslosen-
 fürsorge dagegen, unterstützte Erwerbslose, bei denen keine
 unmittelbare Aussicht auf Vermittlung in Arbeit bestand unter
 Fortzahlung der Erwerbslosenfürsorge nach auswärtig zu
 beurlauben, wenn sie sich der Kontrolle durch den auswärtigen
 Arbeitsnachweis unterwerfen. Der Reichsarbeitsminister ist
 der Ansicht, daß Beurlaubungen Erwerbsloser mit Ziel und
 Wens der Erwerbslosenfürsorge grundsätzlich nicht vereinbar
 sind. Vielmehr müssen alle unterstützten Erwerbslosen dem
 öffentlichen Arbeitsnachweis dauernd für die sofortige Ar-
 beitsvermittlung zur Verfügung stehen. Der Arbeitsnachweis
 kann den Mangel einer eigenen Kontrolle nicht dadurch er-
 setzen, daß er die Ueberwachung einem anderen Nachweis
 überträgt. Vielmehr muß sich der Erwerbslose grundsätzlich
 jeden Tag bei dem Arbeitsnachweis melden, der für die
 Unterstützung zuständig ist.

(4. Oberlausitzer Kaufmannsjugend-
 tag.) Der Kreis Vauzen im Deutschen Handels-
 gehilfen-Verband veranstaltete am Sonnabend und Sonntag
 den 14. und 15. Mai 1927 in Ebersbach eine Kundgebung.
 Am Sonnabend, den 14. Mai findet im großen Kreischam-
 saale in Ebersbach ein Fest- und Begrüßungsabend im Zeichen
 des Grenzlanddeutchtums statt. Dieser Festabend ist mit
 einer Ausstellung der D.H.V. Briefwechselbundfirma verbun-
 den. Im Mittelpunkt des Festabends steht ein Lichtbild-
 vortrag des Herrn Kreisvorsitzender Barthel Zittau über die
 Südmarchfahrt des D.H.V. Die Tagung am Sonntag leitet
 eine Morgenandacht am Schlechteberg ein. Alsdann beginnen
 die beruflichen Wettkämpfe in Kurzschritt, kaufmännischen
 Schriftwechsel in deutsch und englisch und kaufmännisches
 Rechnen. Im Anschluß daran finden die sportlichen Wett-
 kämpfe bestehend aus allgemeinen Freilübungen und Drei-
 kämpf: 100-Meterlauf, Weitsprung, Kugelstoß statt. Die
 Mannschaftswettkämpfe erstrecken sich auf Stafettenläufe und
 Handballwettspiele. Am Sonntag vormittag ist noch eine
 Besichtigung des Heimatmuseums auf der Humboldtstraße
 vorgesehen. Ebenso tagen die Vorstände der Kreisortsgrup-
 pen zu einer besonderen Besprechung. Eine Festanrede
 des Kreisvorsitzender Kahler Dresden über „Deutsches Kauf-
 mannstum in den Grenzlanden“, Siegesverkündigung und
 Preisverteilung werden am Nachmittag die Tagung ausklingen
 lassen.

Trendelenburg über die Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf. In der Sitzung der Handelskommission der
 Weltwirtschaftskonferenz ergriff Staatssekretär Tren-
 delenburg in der allgemeinen Aussprache das Wort.
 Der deutsche Delegationsführer erklärte, die Genfer Kon-
 ferenz müßte den einzelnen Staaten die Empfehlungen geben,
 wie sie von ihrem Souveränitätsrecht Gebrauch machen
 sollen. Trendelenburg betonte, daß ihm der Grundsatz der
 Aufrechterhaltung der unbeschränkten Sou-
 veränität der Staaten auf wirtschaftlichem Gebiete
 nicht zweckmäßig erscheine. Die zweite Aufgabe der
 Weltwirtschaftskonferenz liege vor allem darin, daß praktische
 Vorschläge über die Durchführung der

Gerabsetzung der Zollschranken

gemacht werden. Für dieses äußerst schwierige Problem
 kämen nur Maßnahmen auf lange Sicht in Frage. Man
 müsse zu einer Vergleichbarkeit der verschiedenen Zolltarife
 gelangen.

Zur Handelsvertragsfrage übergehend, for-
 derte Trendelenburg die Vereinheitlichung der
 verschiedenen Zoll- und Handelsvertrags-
 systeme. Wenn Deutschland und Frankreich gleiche
 Handelsvertragsysteme besäßen, so hätte man bei den Pariser
 Handelsvertragsverhandlungen viel Zeit und Worte sparen
 können.

Ramenz. (Gründung) Am Sonntag, den 8. Mai,
 fand hier anlässlich einer Zusammenkunft ehemaliger Flug-
 zeugführer und Flugschüler die Gründung des „Lausitzer
 Flugvereins, Sitz Ramenz“ statt. Er bezweckt die
 Pflege und Förderung der gesamten Luftfahrt in technischer,
 wissenschaftlicher und praktischer Hinsicht, bedeutet also keinen
 geselligen Zusammenschluß, sondern steckt sich als Ziel die
 sportliche Betätigung, wobei der Ramenzer Flugplatz als
 Pflegstätte wieder belebt werden soll. Diese Entschlie-
 wurde von den Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen.
 Die Mitgliedschaft kann jeder erwerben, der durch ein Mit-
 glied des Vereins eingeführt wird. Die Aussprache ergab

erfreuliche Anregungen, wobei an die Möglichkeit des Auf-
 baues einer Fliegerschule durch den Verein gedacht wurde.
 Zu diesem Ziele kann der Verein durch Unterstützung seiner
 Bestrebungen vonseiten der Freunde der Luftfahrt bezw. des
 Flugsports bei deren Zugehörigkeit und durch zähe Arbeit
 gelangen. Hierzu beizutragen, ergeht an alle Anstrebende
 und Fremde die Aufforderung: Luftfahrt tut not! In der
 Luft liegt eine große Zukunft! Anmeldungen sind zu rich-
 ten an den „Lausitzer Flugverein, Sitz Ramenz“, z. H. des
 Vorsitzenden Herrn Hanns Hauße in Eistra, der auch zu
 Auskunftserteilung bereit ist. Anschließend an die Zusammen-
 kunft fand eine Besichtigung des ehemaligen Ramenzer Flug-

